Gemeinsame ortsübliche Bekanntmachung der Stadt Lingen und der Gemeinde Emsbüren

über die Auslegung eines Antrages auf Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung zur Wasserentnahme aus dem Dortmund-Ems-Kanal bei Kanal-km 139,65 für das Kernkraftwerk Emsland (KKE) in Lingen

Die Kernkraftwerke Lippe-Ems GmbH (KLE), 49811 Lingen (Ems), hat für das o. a. Vorhaben die Erteilung einer Bewilligung zur Entnahme von Wasser aus dem Dortmund-Ems-Kanal gemäß §§ 8, 9 Abs. 1 Nr. 1, 10, und 12 sowie unter Berücksichtigung des §14 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04.08.2016 (BGBl. I S. 1972), beantragt.

Aufgrund des § 129 Abs. 1 Satz 2 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 631), i. V. m. § 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a) der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts (ZustVO-Wasser) vom 10.03.2011 (Nds. GVBl. S. 70), geändert durch Artikel 1 der Verordnung zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften vom 29.10.2014 (Nds. GVBl. S. 307) ist der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Direktion, Geschäftsbereich VI am Standort Oldenburg, Ratsherr-Schulze-Str. 10, 26122 Oldenburg, die zuständige Behörde für die Durchführung dieses wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens.

Der bisherige Betrieb des Kernkraftwerkes Emsland ist gestützt auf eine der Kernkraftwerke Lippe-Ems GmbH erteilten Bewilligung zur Entnahme von Wasser aus dem DEK und einer Erlaubnis zur Einleitung von Abwässern in die Ems bzw. in den DEK. Das erteilte Wasserrecht sah eine auf 30 Jahre befristete Bewilligung für die Entnahme von Wasser vor. Dieses Entnahmerecht besteht seit dem 25.02.1988; die Erlaubnis zur Einleitung des entnommenen Wassers sowie des Niederschlagswassers vom Kraftwerksgelände und des Siebbandabspritzwassers ist unbefristet erteilt worden. Der jetzt gestellte Antrag ist auf die Fortsetzung der Entnahme von Wasser aus dem DEK über den 24.02.2018 hinaus auf weitere 20 Jahre ausgerichtet. Dabei sollen für die noch vorgesehene Energieerzeugung bis Ende des Jahres 2022 sowie für ein Übergangsjahr maximal 39.826.656 m³/a an Wasser aus dem DEK entnommen werden können; ab 2024 wird von der KLE für den sich anschließenden Nachkühlbetrieb sowie die Phase des gesicherten Rückbaus des Kernkraftwerkes eine reduzierte Entnahmemenge von 8.000.000 m³/a beantragt.

Für die beantragte Gewässerbenutzung in Form einer Wasserentnahme zum Zweck der Kühlwasserversorgung des KKE war keine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Aus diesem Grunde wird auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Um dennoch naturschutzfachliche und gewässerökologische Gesichtspunkte des Vorhabens beurteilen zu können, hat der Antragsteller den Antragsunterlagen neben der näheren Erläuterung des Vorhabens, diversen Lageplänen und Zeichnungen einen Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag, Unterlagen zur FFH-Vorprüfung (FFH-VP) für das FFH-Gebiet „Ems“, ein Gewässerökologisches Gutachten (GÖK) zur Prüfung der Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Zielen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bzw. mit den Bewirtschaftungszielen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sowie eine gutachterliche naturschutzfachliche Bewertung bzgl. Fische und Neunaugen beigelegt.

Nähere Einzelheiten zu dem beantragten Vorhaben sind den Antrags- und Planunterlagen zu entnehmen.

Im Falle einer positiven Entscheidung ergeht eine wasserrechtliche Bewilligung.

Gemäß § 11 Abs. 2 WHG und § 9 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 2 § 7 des Gesetzes vom 12.11.2015 (Nds. GVBl. S. 307), in Verbindung mit §§ 63 Abs. 3 und 73 Abs. 3 und 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 18.07.2016 (BGBl. I S. 1679), in Verbindung mit § 1 Abs.1 Satz 1 des Niedersächsischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (NVwVfG) vom 03.12.1976 (Nds. GVBl. S. 311), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.09.2009 (Nds. GVBl. S. 361), wird die Auslegung des Antrages einschließlich der Planunterlagen hiermit bekannt gemacht.

Der Antrag mit den Planunterlagen liegt in der Zeit

vom 06.03.2017 bis 05.04.2017 (jeweils einschließlich) bei der

- **Stadt Lingen (Ems)
Bürgerbüro
Neue Straße 5
49808 Lingen**

in den Räumlichkeiten des „**Bürgerbüros**“ während der Dienststunden

MO - MI	09.00 bis 16.00 Uhr
DO	09.00 bis 17.00 Uhr
FR	09.00 bis 12.30 Uhr
SA	09.00 bis 12.00 Uhr

bei der

- **Gemeinde Emsbüren
Rathaus
Markt 18
48488 Emsbüren**

im Zimmer 42 während der Dienststunden

MO	08.00 bis 16.00 Uhr
DI und MI	08.00 bis 12.00 Uhr
DO	08.00 bis 18.00 Uhr
FR	08.00 bis 12.00 Uhr

zur Einsichtnahme aus.

Diese Bekanntmachung sowie der Antrag mit den Antrags- und Planunterlagen sind in der Zeit vom 06.03.2017 bis 05.04.2017 zusätzlich im Internet unter folgender Adresse veröffentlicht:

www.nlwkn.niedersachsen.de/wasserwirtschaft/zulassungsverfahren/abwasser_und_einleitung/43326.html

Maßgeblich ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann gemäß § 73 Abs. 4 VwVfG bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist,

spätestens bis zum 19.04.2017

Einwendungen erheben. Die Einwendungen und Stellungnahmen sind schriftlich oder zur Niederschrift zu erheben bei der

- **Stadt Lingen (Ems)**
Bürgerbüro
Neue Straße 5
49808 Lingen

oder der

- **Gemeinde Emsbüren**
Rathaus
Markt 18
48488 Emsbüren

oder bei dem

- **Niedersächsischen Landesbetrieb für**
Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)
Direktion - Geschäftsbereich VI
Ratsherr-Schulze-Straße 10
26122 Oldenburg

Hinweise

Es wird darauf hingewiesen, dass

- a) jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, bis zum vorgenannten Termin der Einwendungsfrist schriftlich, d. h. in einem mit handschriftlicher Unterschrift versehenen Schreiben, oder zur Niederschrift bei den o. g. Stellen Einwendungen erheben kann.
- b) Vereinigungen, die aufgrund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung einzulegen, hiermit entsprechend von der Auslegung der Antragsunterlagen benachrichtigt werden. Gleichzeitig wird ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb der oben genannten Einwendungsfrist gegeben.
- c) zur Vermeidung des Ausschlusses von Einwendungen diese innerhalb der Frist zu erheben sind.
- d) mit Ablauf der Einwendungsfrist alle Einwendungen ausgeschlossen sind, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 73 Abs. 4 Satz 3 VwVfG).
- e) nach Ablauf der Einwendungsfrist eingereichte Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis oder Bewilligung (§ 4 NWG) nicht mehr berücksichtigt werden.
- f) Einwendungen wegen nachteiliger Wirkungen der Benutzung nach Ablauf der Einwendungsfrist nur nach § 14 Abs. 6 WHG geltend gemacht werden können.
- g) vertragliche Ansprüche durch die Bewilligung nicht ausgeschlossen werden (§ 16 Abs. 3 WHG)
- h) nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens und nach Ablauf der Einwendungsfrist die fristgerecht eingegangenen Einwendungen, Äußerungen und Stellungnahmen in einem

noch bekanntzugebenden Verhandlungstermin mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Vereinigungen, den Betroffenen sowie den Personen, die Einwendungen erhoben haben, mündlich erörtert werden (Erörterungstermin). Der Erörterungstermin wird mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht. Die Behörden, der Träger des Vorhabens, die Vereinigungen und diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, werden von dem Erörterungstermin zusätzlich gesondert benachrichtigt.

- i) bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann (§ 73 Abs. 5 Nr. 3 VwVfG).
- j) die Personen, die Einwendungen erhoben haben, oder die Vereinigungen, die Stellungnahmen abgegeben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen sind (§ 73 Abs. 5 Nr. 4 a VwVfG).
- k) die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen oder die Stellungnahmen der Vereinigungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 73 Abs. 5 Nr. 4 b VwVfG).
- l) bei Einwendungen von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten oder in Form vielfältiger gleich lautender Texte (gleichförmige Eingaben; § 17 VwVfG) derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner gilt, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein.

Gleichförmige Eingaben, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten oder dem Erfordernis nach dem vorhergehenden Satz nicht entsprechen, können unberücksichtigt gelassen werden. Für den Fall, dass von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht wird, erfolgt rechtzeitig vor dem Erörterungstermin eine Mitteilung, die ortsüblich bekannt gemacht wird. Ferner können gleichförmige Eingaben insoweit unberücksichtigt bleiben, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder nur unleserlich angegeben haben (§ 72 i. V. m. § 17 Abs. 1 und 2 VwVfG).

- m) Kosten, die durch die Einsichtnahme in die Planunterlagen, die Erhebung von Einwendungen und die Teilnahme am Erörterungstermin entstehen, nicht erstattet werden können.
- n) für die Durchführung dieses wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens personenbezogene Daten erhoben und verwendet werden (§ 4 Abs. 1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) vom 29.01.2002 (Nds. GVBl. S. 22), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.12.2012 (Nds. GVBl. S. 589).

Lingen, den 22.02.2017
Stadt Lingen
Der Oberbürgermeister
Dieter Krone

Emsbüren, den 22.02.2017
Gemeinde Emsbüren
Der Bürgermeister
Bernhard Overberg